

Correspondent

Erst
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf.

Inserate
pro Spalte 25 Pf.

Jährlich 150 Nummern.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

15. Jahrgang.

Freitag, den 30. November 1877.

№ 138.

Verbandsnachrichten.

Quittung über Verbandsbeiträge.

Bis zum 25. November 1877 gingen ein:
Orbentliche Beiträge und Reise-Unter-
stützungskasse.

Bayern. 3. Qu. 1877. Summa Mk. 1204.		
Nürnberg Mk. 286.—	Hof	Mk. 15.60.
Augsburg 351.20.	Schweinfurt	10.40.
Erlangen 166.40.	Rosenheim	7.20.
Landshut 72.40.	Weißenburg	7.60.
Nördlingen 66.40.	Rothenburg	3.60.
Passau 56.80.	Neuburg	4.40.
Amberg 35.20.	Fürth	3.20.
Ansbach 34.80.	Neu-Ulm	3.20.
Ingolstadt 29.20.	Bayreuth	2.40.
Freising 24.80.	Miltenberg	2.40.
Donauwörth 20.40.	Eichstätt	—40.

Hierüber: Zweite Abzahlungsrate aus Nürnberg Mk. 78.

Nachzahlungen: Extra-Beiträge pro Juni 1876.
Nürnberg Mk. 90.— München Mk. 1.—
Regensburg 2.— Erlangen 2.—

Kempten sammt Mk. 24.55 ohne Abrechnung.
München und Regensburg sind mit Abrechnung
und Beiträgen im Rückstande.

Ostpreußen. 3. Qu. 1877. Summa Mk. 477.20.
Königsberg Mk. 447.20. Wehlau Mk. 2.—
Elst 12.40. Sumbinnen 5.20.
Johannisburg 5.20. Stallupönen 5.20.

Nachzahlungen, 1. u. 2. Qu. 1877: Königsberg Mk. 17.
Dgl. 2. Qu. 1877: Braunsberg Mk. 26.

Mit Beiträgen pro 3. Qu. 1877 im Rückstande:
Braunsberg.

Verbands-Invalidentasse.

Bayern. 3. Qu. 1877. Summa Mk. 187.40.		
Nürnberg Mk. 44.60.	Rosenheim	Mk. 3.60.
Landshut 36.60.	Rothenburg	—80.
Passau 28.40.	Neuburg	2.20.
Amberg 17.80.	Fürth	1.60.
Ingolstadt 14.60.	Neu-Ulm	1.60.
Freising 12.40.	Bayreuth	1.20.
Donauwörth 10.20.	Miltenberg	1.20.
Hof 5.20.	Eichstätt	—20.
Schweinfurt 5.20.		

Nachzahlungen, 1. u. 2. Qu. 1877: Mk. 8.80.
Nürnberg Mk. 7.20. Ingolstadt Mk. —80.
Amberg —80.

Ostpreußen. 3. Qu. 1877. Königsberg zc. Mk. 163.40.
Nachzahlungen, 1. u. 2. Qu.: Mk. 7.80.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen
sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer
an die beigelegte Adresse zu richten):

In Cottbus der Maschinenmeister Carl Naar
aus Aachen; im Juni d. J. in Dortmund wegen
Steuerverweigerung ausgeschlossen. — G. Reinke in
Stettin, Rosengarten 36.

In Neustadt a. D. (Thür.) der Seher Friedrich
Rudolf Röhler, ausgetreten Ostern 1877 daselbst;
war noch nicht beim Verbands. — R. Wagner in
Weimar, Ulfmann & Co.

Bayern. 2. Qu. 1877. Neu eingetreten sind 2,
zugereist 24, abgereist 35, ausgetreten 9 Mitglieder
(Louis Clement, Genuerle, Habereber, Meuz, Dester-
lein, Schnittmann, sämtlich S. aus München, Daniel
Goldberg, S. aus Nürnberg, Durmayer, S. aus
Freising, Rudolf Kroneberg, S. aus Kempten), aus-
geschlossenen 3 Mitglieder (Friedrich Fleischmann, S.
aus Nürnberg, wegen Veruntreuung von Kassengeldern,
Albert und Süß, S. aus Weißenburg, wegen Dieben).

Mitgliederstand Ende des Quartals 331 in 22 Orten.

— Conditionlos waren 22 Mitglieder 105 Wochen,
krank 25 Mitglieder 100 Wochen.

Ostpreußen. 3. Qu. 1877. Neu eingetreten sind 3,
abgereist 7 Mitglieder. Mitgliederstand Ende des
Quartals 110 in 7 Orten. — Conditionlos waren
8 Mitglieder 47 Wochen, krank 4 Mitglieder 31 Wochen.

Einigungsamt und Schiedsämter.

(Schluß.)

Der Vorwurf, daß die Arbeiter es seien, welche
jede Gelegenheit negirten, auf anderen als dem Wege
der Arbeitseinstellung zu günstigen, resp. gerechten
Arbeitsbedingungen zu gelangen, ist also hinfällig.
In England, das uns in industrieller Beziehung be-
deutend voraus und somit genügendes Beweismaterial
liefert, haben sich s. Z. eine Menge von Arbeiter-
Corporationen in Petitionen an das Parlament ge-
wandt behufs Erlangung localer Gewerbetammern,
die die Macht haben sollten, den Lohn von Zeit zu
Zeit je nach den Umständen zu regeln durch Fest-
stellung eines Minimallohnes, welcher einzelne Arbeit-
geber verhinere, den Lohn unnützig und willkürlich
herabzubrüden. Gleich unseren Principalen wollte
das englische Parlament von diesen Gewerbetammern
nichts wissen, man begnügte sich mit Gesetzen, welche
die Einführung gewerblicher Schiedsgerichte zu erleich-
tern bestimten waren. Diese Schiedsgerichte hatten
sich aber nach dem Muster der französischen *Con-
seils d'arbitrage* nur mit der Auslegung der bestehenden
Arbeitsverträge zu befassen, ja alle englischen Gesetze
verboten den Schiedsgerichten ausdrücklich, sich auf
Regelung der zukünftigen Arbeitsbedingungen einzu-
lassen. Der Grund zu dieser ablehnenden Haltung
ist leicht begreiflich, die „freie Concurrenz“ verbietet
dergleichen Vereinigungen, sie beruht auf der „Frei-
heit des Individuums“ und würde diese ihre Basis
verlieren, sobald das Individuum in einem Ganzen
aufgeht. Von diesem Standpunkte ist auch die ge-
pöbelte „Harmonie der Interessen“ zwischen Unter-
nehmer und Arbeiter zu beurtheilen. Wenn man sich
trotzdem in einzelnen Fällen zu gemeinschaftlicher Fest-
stellung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen
vereinigt hat, so besand man sich auf Abwegen und
wurde sehr bald durch den Druck der Concurrenten
außerhalb der Vereinigung in das alte Fahrwasser
zurückgeführt. Das kann natürlich die Arbeiter nicht
abhalten, ihrerseits berartige Vereinigungen zu för-
dern, resp. zu erzwingen; diese haben ein Interesse
daran, die Interessenten gesellschaftlich zusammen-
zuführen, so lange und so weit der Großbetrieb nicht
hindernd in den Weg tritt. Der Zweck dieser Ver-
strebungen ist, das Mitbestimmungsrecht in Lohn- u.
Frageu gesetzlich zu sichern und zwar durch Errichtung
von Arbeitskammern, welche sowohl über die Auslegung
bestehender Verträge zu entscheiden als über die Fest-
stellung zukünftiger Arbeitsbedingungen eine Einigung
herbeizuführen haben.

Eine solche Art von Arbeitskammer haben wir zur
Zeit in unserm Einigungsamte. Man kann über die
Organisation desselben getheilte Meinung sein —
so halten wir es z. B. für durchaus notwendig, daß
die Beschlüsse desselben einerseits durch die beider-
seitigen Vereine respectirt, bezieh. daß das Einigungs-
amt sich auf diese Vereine stützt, andererseits, daß die
Contractanten die abgeschlossenen Verträge durch per-
sönliche Unterschrift sanctioniren und dadurch den
Benachtheiligten in den Stand setzen, sich event. durch
gerichtliche Hilfe Recht zu verschaffen —, man kann
auch dem Einigungsamte die bisher ihm zugewiesene
Rechtsprechung in zweiter Instanz über Auslegung
der Bestimmungen bestehender Verträge abnehmen,
aber man kann ihm nicht die Basis seiner Existenz,
die Einigung über zukünftige Arbeitsbedingungen,

rauben. Ueber die Auslegung der Bestimmungen be-
stehender Verträge bedarf es keiner Einigung, da
soll die eingesezte Behörde entscheiden, während
man über zukünftige Arbeitsbedingungen, die sonst
durch Arbeitseinstellungen entschieden wurden, sich
jetzt einigen soll.

Gätten die Herren in Nürnberg daher, statt die
Begriffe „Entscheidung“ und „Einigung“ mit ein-
ander zu vermengen, sich mit der Organisation
des Einigungsamtes beschäftigt, so wäre das jeden-
falls eine nützlichere Beschäftigung gewesen, voraus-
gesetzt, daß es ihnen überhaupt darum zu thun war,
vorhandene Differenzen in friedlicher Weise zu schlichten.
Wir haben allerdings Grund zu der Vermuthung,
daß sich die Macher unter Berücksichtigung der augen-
blicklichen Geschäftsverhältnisse mehr dem Gedanken
zuneigen, die Zeit zu benutzen, d. h. das „Recht“
bei Seite zu werfen und an dessen Stelle die Macht
zu setzen.

Was die Organisation des Einigungsamtes be-
trifft, so fehlt vor Allem eine unerlässliche Bedingung.
Wenn sich zwei Parteien einigen sollen, so müssen
dieselben sich zusammensetzen und ihre Gründe und
Gegengründe persönlich mit einander austauschen.
Eine Einigung auf dem Papier, d. h. durch schrift-
liche Abstimmung, ist ein Unfinn. Wir hatten des-
halb vorgeschlagen, das Einigungsamt überhaupt an
einen Ort zu versetzen. Will man das nicht, so
müssen doch die Mitglieder desselben an einem Orte
zusammenkommen, wenn die Einigung nicht dem Zu-
fall überlassen werden soll.

Der eigentliche Stein des Anstoßes, die Bestim-
mung der Localzuschläge in solchen Fällen, in denen
sich Principale und Gehilfen des betr. Ortes nicht
einigen können, ist dem Einigungsamt nicht abzu-
nehmen, sondern im Gegentheil die Competenz des-
selben in Bezug hierauf zu erweitern. Wir können
nicht glauben, daß die in Nürnberg gefallene Aenderung,
ein Buchdrucker der einen Stadt könne nicht über die
Verhältnisse der andern ein Urtheil fällen, ernstlich
gemeint war. Das wäre eine Kirchthurmspolitik, wie
sie heute doch wol zu den übermundenen Standpunkten
gehört. Das beschränkte Gebiet, auf welchem sich die
Buchdrucker bewegt, zu überschauen, ist ja kein Kunst-
stück, es bedarf das nicht einmal irgend welchen Zeit-
aufwandes, weil die einschlagenden Verhältnisse Jedem,
der sich in unserm Kreise bewegt, längst bekannt sind.
Wir meinen demzufolge, daß es dem Einigungsamte
zustehen muß, nicht nur in streitigen Fällen über die
Localzuschläge ein Endurtheil abzugeben, sondern die-
selben überhaupt und zwar für alle Orte zu gleicher
Zeit zu bestimmen.

Sobald die Tarifbestimmungen als feststehend be-
trachtet werden können — und einmal muß ja doch
dieser Zeitpunkt eintreten —, haben wir keinen andern
Lohn-Regulator als die Localzuschläge, und es würde
gegen früher im Wesentlichen keine Aenderung ein-
treten, besonders dann, wenn noch das Minimum
beseitigt werden sollte, wollte man die Regelung den
einzelnen Orten überlassen. Auf Grund welcher Er-
fahrungsätze die allgemeine Feststellung der Local-
zuschläge zu geschehen hat, diese Frage ist die einzige,
welche dabei in Betracht kommt. Wir haben s. Z.
vorgeschlagen, die Localmiete als Basis anzunehmen.
Welche anderweiten Factoren dabei etwa noch in Be-
tracht kommen, darüber ließe sich wol leicht eine Ver-
ständigung herbeiführen.

Was die Beseitigung des Minimal-Lohnsatzes be-
trifft, so ist diese gleichbedeutend mit Aufhebung des
ganzen Vertragsverhältnisses. Man hat die Auf-
stellung eines solchen Minimalsatzes „vernunftwidrig“
genannt, wir behaupten dagegen, daß es gegen alle
Vernunft spricht, sich über gemeinschaftliche Lohnsätze
einigen zu wollen, ohne eine Grenze nach unten fest-
zustellen. Wir wären begierig, die Gründe zu hören,

warum das Minimum beseitigt werden soll, denn daß dies im Interesse der kleinen Städte notwendig sei, wie einer der Herren (der der zweitgrößten Druckstadt angehört) sagte, daran glaubt ja doch Niemand. Abgesehen vom Vereinsstandpunkte würden diese Gründe etwa folgendermaßen lauten: „Von unserm Standpunkte, d. h. dem der „freien Concurrenz“ aus, ist ein Vertragsverhältnis überhaupt unzulässig, darnach hat vielmehr ein Jeder zu sehen, wo er bleibt. Wenn wir trotzdem formell ein solches bestehen lassen wollen, so geschieht das, um einen Theil der Gehilfen, welche noch daran glauben, daß zwischen ihnen und uns eine Interessengemeinschaft existirt, in diesem Glauben nicht zu beirren. Sobald „das Mißtrauen der Gehilfen erregt wird“, könnte es sich ereignen, daß die Mehrzahl sich dem bösen Verbande anschließt und so vereint unsere Entschlüsse zu schanden macht.“ Freilich passen diese Worte nicht in einen Verein, der sich die „Ordnung der geschäftlichen Verhältnisse“ zur Aufgabe gemacht hat.

Die Stellung der Gehilfen allen solchen Experimenten gegenüber kann eine rein passive sein. Wir wissen, daß wir in diesen Schieds- und Einigungsämtern kein Unversaltnittel vor uns haben. Wenn wir trotzdem darauf eingegangen sind, so geschah das entschieden mehr im Interesse der Principale als in dem unserigen. Glauben die Herren solche Einrichtungen entbehren zu können, so kann uns das recht sein, denn das, was anzustreben uns die Pflicht gebietet, erreichen wir auch ohne diese Institutionen. Das Princip, nach welchem die Arbeiter bei Festsetzung der Lohnbedingungen ein Wort mitzureden haben, läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen.

Rundschau.

Die in unserm Artikel „Gewerkschaftliches“ (Nr. 133 des „Corr.“) erwähnten statistischen Fragebogen sind einbittig von einer Commission in Hamburg festgestellt worden und enthalten folgende Fragen: 1) Name der Gewerkschaft? 2) Wo befindet sich der Sitz oder die Verwaltung? 3) Wie ist dieselbe organisiert (in Ortsvereine, Bezirksvereine, Gewerksbände, Mitgliedschaften, einzeln domicilirende Mitglieder)? 4) Auf wie viele Orte erstreckt sich die Verbindung? 5) Wie viele Mitglieder hat dieselbe nach dem Durchschnitt der letzten drei Monate? 6) Wie ist die Leitung und Verwaltung zusammengefaßt (Geschäftsführer, Vorstand, Ausschuß etc.)? 7) Wer bezieht jenseit Gehalt und wie viel? 8) Wie hoch ist das Eintrittsgeld und wie hoch der Beitrag (Monat, Woche)? 9) Welche Unterstützungsarten sind vorgelesen (bei Streiks, Arbeitslosigkeit, auf der Reise, in Krankheits- oder Sterbefällen, Invalidität)? 10) Wie hoch beläuft sich die Leistung jedes einzelnen Zweiges und wie lange wird die Unterstützung gezahlt? 11) Welche Beiträge werden zu den einzelnen Zweigen gezahlt und wie werden dieselben erhoben? 12) Ist der Beitritt zu allen Zweigen obligatorisch? 13) Wie hoch ist die durchschnittliche Einnahme in einem Monat? 14) Wie hoch ist die durchschnittliche Ausgabe in einem Monat? 15) Wie wird die Agitation für die Gewerkschaft betrieben und durch welche Mittel? 16) Hat die Gewerkschaft an den einzelnen Orten eingerichtete Verkehrslocale und Arbeitsnachweiskstellen? 17) Besteht die Gewerkschaft ein Organ und welches? 18) Ist das Organ obligatorisch für die Mitglieder? 19) Wie hoch ist der Abonnementspreis pro Quartal, oder liegt derselbe mit im Beitrag? 20) Wie viele Abonnenten hat das Blatt? 21) Wie oft erscheint dasselbe und wo? 22) Wie hoch belaufen sich die Herstellungskosten des Blattes incl. Redaction und Expedition pro Nummer? 23) Hat die Gewerkschaft in den vorstehenden Fragen bereits schon mit anderen Gewerkschaften Cartellverträge abgeschlossen? 24) Besteht die Gewerkschaft eine eingesdriebene Hilfskasse? 25) Wie viele Berufsgenossen befinden sich ungefähr in Deutschland? 26) Bemerkungen. — Die Beantwortung vorstehender Fragen ist bis zum 15. December an Hrn. A. Kapell in Hamburg, Kraienkamp 22, Haus 7, 1. Etage, zu senden. Für den Buchdruckerverband geschieht dies selbstverständlich von Leipzig aus, jedoch ersuchen wir unsere Mitglieder, alle Vorsteher von Gewerkschaften, die sich an dem betr. Orte befinden, auf die Wichtigkeit dieser statistischen Aufnahme aufmerksam zu machen.

Die Fortschrittspartei will die Socialisten, Agrarier, Zünftler und Schutzvöller durch die Herausgabe wohlfeiler Broschüren bekämpfen. Ein Aufruf zur Beschaffung des nötigen Geldes brachte nur ca. Mk. 1800, während man Mk. 3000 haben will. Die „Parl. Corr. a. d. Fortschrittspartei“ läßt dieserhalb ein neues Bittgesuch los.

In Bremen steht die Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses nebst Viehhof bevor, deren Betrieb auf Staatsrechnung übernommen werden soll.

In Offenbach verloren bei der kürzlich stattgefundenen Stadtverordnetenwahl von 1600 Wählern

nicht weniger als 1200 (!) ihr Stimmrecht wegen Steuerrückständen.

In Dresden hat die Bevölkerung in den letzten 10 Jahren um 31 Proc. zugenommen, dagegen die Zahl der Armenempfänger um 41 Proc.

In der Silberdruckerei der Berg.-Märk. Eisenbahn in Oberfeld sollen namhafte Unterschleife entdeckt worden sein.

Der ehemalige Buchhalter des Biweg'schen Geschäftes in Braunschweig, der die Gelder seines Principals verspeculirte, hat sich im Gefängnis erhängt.

Frankreich. In Le Mans (Dep. der Sarthe) haben die Stridarbeiter, welche bei 12stündiger Arbeitszeit Frs. 3.60 verdienen, die Arbeit eingestellt, weil ihnen eine Erhöhung von 5 Cent. pro Stunde abgelehnt wurde. — In Paris sind seitens des großen Modewaren-Geschäfts „zum Louvre“ 400 Arbeiter entlassen worden.

England. Nachdem die Weber in Oldham der beabsichtigten Lohnherabsetzung um 5 Proc. Strife entgegensetzten, wurde dieselbe unterlassen.

Correspondenzen.

* Aus Amerika, 5. November. Die Ereignisse auf dem Gebiete der Gewerksvereinerung waren im Laufe der letzten Wochen sehr mager. Ausstände von größerer Bedeutung waren keine im Gange, während solche in kleinerem Maßstabe wie immer in allen Landesstheilen zu verzeichnen sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Laufe dieses Winters jedoch die Mißverhältnisse zwischen Verdienst und den Preisen der wichtigsten Bedürfnisse wieder Massen-Ausstände hervorrufen werden. Unter den neuesten und wichtigsten Ereignissen befindet sich der in Newyork ausgebrochene große Cigarrenarbeiterstreik, dessen Ende vorläufig nicht abzusehen ist, da die Fabrikanten bekanntlich in einer ihrer letzten Versammlungen beschlossen haben, nicht nachzugeben, während die Ausstehenden ihrerseits erklärten, unter dem drückenden Lohnverhältnis nicht weiter arbeiten zu können, da dasselbe gleichbedeutend mit „arbeitend hungern“ sei. Das Strike-Executivecomité in Newyork hat neuerdings mehre Unterstützungs-Gesellschaften für die Unverheirateten und Niederlagen von Brodloffen für die Familienhäupter eröffnet. — Daß die deutsch-amerikanische Typographie wieder um zwei neue Zweige verstärkt wurde, dürften Sie bereits berichtet haben, nur möchte ich nachschieben, daß dieses Aufwachen der Langschläfer nicht aus eigenem Antriebe, sondern durch das Personal der in den betreffenden Städten neu erschienenen socialistischen Zeitungen bewirkt wurde. Das Personal der „Volkstg.“ in Cincinnati und der „Neuen Zeit“ in Louisville hat das fertig gebracht, was den anderen Collegen auf eigene Veranlassung hin noch lange nicht eingfallen wäre. Gelingt es, die verschiedenen socialistischen Tagesblätter in Newark, Buffalo, Cincinnati, Louisville, St. Louis und Milwaukee auf einen sicheren Stand zu bringen, so wird es auch für die „Gemeinregellen“, „Unwilligen“, „Räbelsführer“ u. s. w. stets einen Hort geben, in welchem sie hier und da ein Unterkommen finden können. — Die in den verschiedenen Staaten aufgestellten Arbeiter-Candidaten haben zum Theil schon den Wahlkampf hinter sich und sind bis auf die Candidaten des Städtchens Bloomfield in Iowa geschlagen. Die Baltimore Arbeiter hatten die beste Hoffnung, erlagen jedoch den Anstrengungen der heutzutageigen Handwerkspolitiker und läßt sich in Bezug auf diese „Niederlage“, auf welche die amerikanische Presse ein so großes Gewicht legt, nur sagen, daß die dortigen Arbeiter meistens selbst daran schuld sind; sie begingen den Fehler des Compromisses mit mißvergnügten Menschen, die sich ihnen nur zu dem Zwecke anschlossen, die Kerner, welche ihnen die herrschende Clique nicht geben konnte, mit Hilfe der neugegründeten Arbeiterpartei zu erlangen. Eine Arbeiterbewegung muß frei von allen Nebenabsichten ihrer an der Spitze stehenden Führer sein, und so lange die in den verschiedenen Staaten der Union jetzt in's Leben gerufenen Arbeiterbewegungen sich nicht von dem Sauerzeuge, resp. dem Anhängel der Fachpolitiker, freimachen, ist keine Hoffnung auf einen einbittigen Sieg des Arbeiters an der Wahlurne. — Unser löblicher National-Congress ist schon seit vierzehn Tagen in einer Extra-Sitzung beisammen, um die verschiedenen Vermittlungen auszusprechen, welche in der letzten Sitzung unerledigt liegen blieben. In ein paar Wochen beginnt die regelmäßige Sitzung und das Volk wird nach Schluß derselben um ein paar hundert erledigter Bills reicher sein, die weiter nichts bezwecken, als Unkosten zu verursachen — an eine Aufbesserung der Lage des Arbeiterstandes ist bei diesen Leuten ja selbstverständlich nicht zu denken.

—st- Dessau, 18. November. Wenn seit mehreren Monaten aus unserm kleinen Ortsvereine, gleichzeitig dem Vororte des 5. Bezirkes, durch den „Corr.“ nichts an die Oeffentlichkeit gelangt ist, so dürfte die Ursache

nicht in der Gleichgiltigkeit gegenüber den Vorkommnissen innerhalb des Verbandes, resp. unsern ganzen Gewerbes zu suchen sein, sondern darin, daß sich Niemand fand, welcher sich der mitunter unbankbaren Aufgabe des Berichterstatters unterziehen wollte. — Alle den Verein interessirenden Angelegenheiten wurden auf die Tagesordnung gebracht und meist mit peinlicher Gewissenhaftigkeit erledigt. Die zwei letzten Versammlungen (13. October und 17. November) beschäftigten sich, nachdem Rechnung gelegt und dem Kassirer Decharge erteilt worden war, mit einer Aufforderung an die säumigen Zahler, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ferner mit dem Ausschluß mehrer Mitglieder und dem Unterstützungsgesuch Carl Hoppe's aus Gumbinnen. Außerdem gelangte noch ein Antrag auf baldige Einführung der Unterstüfung von auf der Reise erkrankten Mitgliedern und schließlich ein Antrag auf Einführung möglicher Zusammenkünfte zum Zwecke der Beratung unausschiebbarer Angelegenheiten und zur Pflege collegialischer Gemüthlichkeit zur Erlebigung. — Der Krankheitsfall Hoppe's erregte allgemeines Bedauern und veranlaßte uns zu einem dem nächsten Sautage vorzulegenden Antrage, ungefähr dahin lautend, den Gausvorstand, resp. das Verbandspräsidium zu ersuchen, daß überall in Deutschland auf der Reise erkrankte Mitglieder am Orte der Erkrankung aus Verbandsmitteln wieder hergestellt werden. (Ein derartiger Antrag erledigt sich durch die in Nr. 142, Jahrg. 1875, gegebene Berichterstattung der von der Gothaer Commission aufgestellten „Normativ-Bestimmungen für Unterstützungsstellen“. Es ist nun Sache der einzelnen Kassen, ihre Statuten den Bestimmungen anzupassen — die Verbandsleitung dürfte in Bezug auf diese Angelegenheit das Ihrige gethan haben. D. Red.) Da sich hier ein verheirateter Colleague wegen einer gefährlichen Operation in ärztlicher Behandlung und größter Noth befindet, wurde beschlossen, dem C. Hoppe eine Unterstüfung aus der Ortskasse und dem hiesigen Collegen eine solche durch freiwillige Beiträge zukommen zu lassen. — Zur Statistik bemerke noch, daß auch hier der Collegentkreis sehr zusammengeschmolzen und vor Eröffnung des Anhaltischen Landtages, vielleicht Anfang Februar, keine Verärterung der Mitgliederzahl zu erwarten ist. Es stehen jetzt in der Keiter'schen Hofbuchdruckerei 13 Gehilfen (3 Nichtverb.) und 3 Lehrlinge, Neubürger'sche Hofbuchdruckerei 5 Gehilfen (3 Nichtverb.) und 1 Lehrling, bei Weniger & Co. 5 Gehilfen (4 Nichtverb.) und 1 Lehrling, sowie bei C. S. Wagner weber Gehilfen und Lehrlinge.

* Frankfurt a. M., 24. November. Der neue, von der zweiten (Nichtverbands-) Commission der „Allgemeinen Kranken-, Invaliden- u. c. Kasse“ ausgearbeitete Statuten-Entwurf ist erschienen. Bei Durchsicht desselben bleibt kein Zweifel darüber, daß diese Commission ihre Gesinnung erheblich geändert, wenn man sich gegenwärtig, welcher Widerstand von dieser Seite gegen den Entwurf der ersten (Verbands-) Commission geleistet und damit auch erreicht wurde, daß der erste Entwurf nach der Generaldebatte verworfen wurde. Es kann indessen gewiß nur rühmend hervorgehoben werden, daß sich inzwischen in dieser zweiten Commission eine bessere Ueberzeugung Bahn gebrochen. Den vor vier Jahren neu geschaffenen Zweig der Waisen-Unterstützung, welchen die erste Commission wieder fallen lassen wollte, weil die Unterstüfung wol nur geringfügig ausfallen würde, hat die zweite Commission wieder aufgenommen; es wäre nach unserer Meinung auch fast curios, wenn man eine Einrichtung, deren Wirkung und Lebensfähigkeit man noch nicht kennt, weil dieser Zweig noch nicht in Thätigkeit, schon wieder aufheben wollte. Bei dem Passus, der von der Ausdehnung der Kasse handelt, kommt der zweite Entwurf dem ersten auf halbem Wege entgegen, indem er den hier in Conbition gestandenen Mitgliedern gestatten will, ihre Mitgliedschaft in den Orten eines bezeichneten Rayons fortzusetzen; gegen andere dort conditionirende Mitglieder wird nur der schwache Einwand erschwerter Controle der Kranken erhoben. Auch scheint man sich, wie aus einigen Paragraphen hervorheht, der Nothwendigkeit nicht mehr verschließen zu können, Gegenseitigkeit mit anderen Kassen anzubahnen. Entgegen dem ersten Entwurf, welcher Remuneration des Präsidenten, Hauptkassirers und Secretärs bestimmt (eine Einrichtung, die übrigens schon seit 1 1/2 Jahren besteht) fordert der zweite Entwurf unentgeltliches Versehen dieser Aemter; doch haben gewissermaßen die beiden letzten ordentlichen Generalversammlungen hierüber schon entschieden, indem sie, trotzdem sich Mitglieder fanden, die diese Stellen als Ehrenämter gratis zu verwalten sich erböten, durch ihre Wahlen die Ueberzeugung dahin bekundeten, daß diese verantwortungsschweren Aemter nicht ohne jegliche Entschädigung verwaltet werden könnten. Die Commission selbst scheint nicht recht an die Möglichkeit oder Dauer der Gratzverwaltung zu glauben, denn sie sagt: Sollten sich keine Mitglieder für unentgeltliche Verwaltung der Kasse finden, so blühten nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen nur 2 — 2 1/2 Procent der eingehenden

Beiträge (ca. Mk. 200 gegen jetzt Mk. 600) hierfür vorausgibt werden. Ueber die Höhe der Remuneration freilich läßt sich reden, es sollte auch schon in der letzten ordentlichen Versammlung ein Antrag auf Reducation um ca. 25 Proc. eingebracht werden, derselbe wurde aber aus irgend einem Grunde zurückgezogen. — Der zweite Entwurf verlangt in den verschiedenen im Statut vorgesehenen Fällen nur ein ärztliches Zeugnis überhaupt, während der erste ein von dem Kassenzarzt ausgestellttes fordert. Es sei nun daran erinnert, daß in den meisten größeren Städten das Institut des Kassenzarztes sowohl für die Kasse als für deren Mitglieder segensreich wirkt. Bei dem Cardinalpunkt, betr. die gerichtliche Klage der Mitglieder gegen die Kasse, ist auch die zweite Commission, wol in Folge von Thatsachen, zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieses Recht nicht zugestanden werden darf; sie will nach Vorstand und Generalversammlung noch ein Schiedsgericht eingesetzt wissen: der Apparat wäre erweitert, die Hauptsache aber ist, daß unsere Kasse die Kasse ersparten Notsperrnisse nicht von Proceßkosten verschlungen werden. Den fast am meisten angefochtenen Paragraphen des ersten Entwurfs, betr. die Beschränkung des Bezugs von Invaliden-Unterstützung, hat die zweite Commission dahin abgeändert, daß der Vorstand gehalten sein solle, auf ein invalides Mitglied, das seine Behürnisse nachweislich noch durch anderweitiges Einkommen bestreiten könne, derart einzuwirken, daß dasselbe auf die Invaliden-Unterstützung ganz oder theilweise verzichte; Zwang auf Verzichtleistung soll jedoch nicht ausgeübt werden. Wenn diese Maßregel irgend welchen Erfolg verbrächte, würde diese Bestimmung schon genügen; aber bei der voraussichtlichen Erfolglosigkeit dürfte es doch besser sein, eine Norm zu haben, wann und wo eine Beschränkung im Bezuge der Invaliditätsunterstützung gerechtfertigt wäre. — Und nun zum Schluß zu dem verhängnisvollsten Artikel des ersten Entwurfs, nämlich demjenigen, welcher in Zukunft bei der Kassenzugehörigkeit die Verbandsangehörigkeit voraussetzt. Diese Bestimmung ist von der zweiten Commission dahin umgewandelt worden, daß alle in Frankfurt a. M. in Condition tretenden Buchdrucker zum Beitritt berechtigt seien. — Mögen die bevorstehenden Berathungsversammlungen von allen Mitgliedern besucht und dabei der Ernst und die Würde der Sache nicht aus den Augen gelassen werden, möge es gelingen, ein Statut zu schaffen, das wahr und voll das Interesse der Allgemeinheit repräsentirt!

* London, 15. November. Ich möchte es lieber nicht mehr wagen, meinen Monatsbericht mit der stereotypen Klage über den schlechten Geschäftsgang zu beginnen, und wenn ich es dennoch thue, so fasse ich ihn in den paar Worten zusammen: Vom Schlechten zum Schlechten. Nach der letzten Liste hatte sich die Zahl der unbefähigten Setzer bis auf 200 gehiebert und in vielen Officinen wird die vorhandene Arbeit so eingetheilt, daß die Beschäftigung nur als eine halbe angesehen werden kann. — Dem H. C. abdrücken der Herstellungspreise für behördliche Arbeiten wird durch das Submissionssystem leider nur zu viel Vortheil geleistet, so hatte z. B. kürzlich der Stadtrat zu Liverpool den Druck von 2500 Exemplaren einer neuen Ausgabe der Polizeianweisung zu vergeben, und einem der Concurrenten zu dem Preise von Mk. 60 für 16 Seiten Corpus und Mk. 61 für 16 Seiten Brevier groß Octav zugeschlagen. Die Totalsumme für den Druck der ganzen Arbeit belief sich auf Mk. 1495. Wie viel oder vielmehr wie wenig Procente mögen da wol dem Buchdrucker nach Abzug der Druckkosten vorausgesetzt, hat er seine Leute nach dem vollen Tarif bezahlt (das) übrig geblieben sein? — In der Druckerei der „Glasgow News“ kam es vor einigen Wochen zu einem Strike ganz eigentümlicher Art, bei welchem es sich um Erziehung eines Mindeerverdienstes gegen einen bisher höhern, oder vielmehr um Gehalt und Berechnen handelte. Der Sachverhalt ist in Kurzem folgender: In der genannten Druckerei war von allem Anfang an für die Zeitungsetzer das Berechnungssystem eingeführt, und das in Berücksichtigung des bewährten Grundsatzes: daß der regelmäßige Gang einer Zeitung bei demselben gescheher sei, als bei der Arbeit im gewissen Gelde. Bisher war auch von den „News“-Setzern nie ein Einwand dagegen erhoben worden, denn ihr Verdienst betrug im Durchschnitt wöchentlich 3 Pfund und in manchen Fällen 3½ Pfund, während in den Druckereien, in welchen das Localverbandsregulativ streng innegehalten wird, die besten Arbeiter es nur bis auf 2 Pfund bringen konnten. Freilich war die Zahl der Arbeitsstunden eine größere als die normalmäßige, doch hatten sich die „News“-Setzer selbstständig über die Arbeitszeit vereinbart und obwohl diese von dem in dem Localverbandsregulativ darüber festgesetzten Paragraphen abwich, hatte der Localverband diesen Paragraphen, ohne daß die „News“-Setzer speciell darauf angetragen hätten, insofern abgeändert, daß er mit dem Fluß in der „News“-Druckerei im Einklang stand. Im Uebrigen wurden

von der letztern alle legalen Vorschriften des Verbandes genau innegehalten. Der Vorstand des Localverbandes scheint eifersüchtig auf den selbstständigen Charakter der „News“-Setzer geworden zu sein und fühlte sich durch das Zusammenhalten derselben und durch den nur auf das Nothwendigste beschränkten Verkehr mit dem Verbandsbeleidigt, indem sie die Verbandsorganisation als für sie nicht unbedingt bindend erachteten. Der Verbandsdirector glaubte nun einen herausfordernden Schritt thun zu müssen und verlangte von den „News“-Setzern peremptorisch die Einführung des gewissen Selbes und abgekürzte Arbeitszeit, unter dem Hinweis, daß infolge dieser Abänderung mehr Setzer bei dem gleichen Durchschnittsverdienst, wie in den anderen Druckereien, beschäftigt werden könnten. In dem Falle, daß dieser Aufforderung von einem Theile der Setzer keine Folge gegeben würde, sollte der unterliegende Theil die Arbeit sofort niederlegen. Diese Aufforderung war brieflich mit der Unterschrift des Verbandssecretairs an die „News“-Setzer gerichtet. In diesem Briefe war u. A. die Absendung einer Deputation seitens der „News“-Setzer an das Verbandscomité beauftragt, Besprechung über die Angelegenheit vorgeschlagen; die Setzer jedoch begnügten sich mit einer bloßen Empfangsbescheinigung des Briefes und der abstoßenden Bemerkung: Da der Secretair in dieser Druckerei nicht engagirt sei, so wolle man mit ihm auch nicht verhandeln. Die „News“-Setzer sagen zur Erklärung ihrer Handlungsweise: Wenn der Grund des Vorgehens von Seiten des Verbandes die Länge der Arbeitszeit ist, so ist die Bestimmung darüber lediglich aus uns selbst hervorgegangen. Man verlangt von uns, wir sollen eine Stunde weniger arbeiten, aber wenn wir eine Stunde länger arbeiten und um so viel mehr verdienen wollen, so verlangen wir das Recht und die Freiheit, dies thun zu dürfen. (?) Das Berechnungssystem stützt uns gegen Faulheit. Nur der fleißige Arbeiter kann beim Berechnen bestehen, der faule hungert dabei. Beim Gehaltssystem leben die faulen und unfähigen Arbeiter von der größeren Thätigkeit und Erfahrung ihrer Genossen und das Ansehen einer solchen Gleichstellung weisen wir entschieden zurück. Der extremen Maßregel des Verbandsdirectoriums folgte nur ein Drittel des betreffenden Personals. Am darauffolgenden Freitag Abend künftigen 23. Setzer, von denen am Montag auch wirklich 20 nicht wieder erschienen. Daburch erwies sich der Strike als verfehlt, denn über 40 zogen es vor, sich vom Verbands loszusagen und dafür ihre warmen Plätze zu behaupten. In wenigen Tagen waren sämtliche Plätze von entschienenen Nichtverwandlern besetzt. Die „News“-Setzer schieben die Schuld ihres ausgeprochenen Widerwillens auf das provocirende Vorgehen des Verbandes und sind der Ansicht, daß die Mehrzahl der Mitglieder desselben das schroffe Auftreten ihrer Beamten in dieser Sache schmerzlich billigen, vielmehr die Verantwortlichkeit, 20 treue Mitglieder in eine ungewisse Zukunft hinausgeworfen zu haben, auf die Schultern der ersteren wälzen wird.

† Stettin, Anfang November. Verwaltungsbericht des Dergaues pro 3. Quartal 1877. Es steuerten

Verbandskasse:	
175 Mitgl. 1944 Wochen .	Mk. 777.60
Nachzahlungen von 2 Mitgl.	
in Stolp	18.—
do. 1 Mitgl. in Landsberg	
a. W.	3.—
Nachtrag pro 1. Quart. 1877	98.—
do. do. 2. Quart. 1877	131.—
Invalidentaxe 174 Mitglieder 2013 Wochen . . .	402.60
do. Nachtrag pro 1. Qu. 1877	39.20
do. do. do. 2. Qu. 1877	52.40
	<u>Mk. 1521.80</u>

Davon vorausgibt:
an Reisegeld zc. 898.40
übersandt Mk. 623.40

Gaukaffe:
175 Mitgl. 1944 W. a 5 Pf. Mk. 97.20
Nachtrag pro 1. Quart. 1877 . . . 19.60
do. do. 2. Quart. 1877 . . . 13.10
Zinsen 9.30
Diverse Einnahmen . . . 14.60
Bestand am Schlusse des 2. Quart. 1877 . . . 1928.09 Mk. 2081.89
Hiervon vorausgibt: * . . . 48.05

Bestand am 1. October 1877: Mk. 2033.84
Außerdem besitzt die Gaukaffe: 4 Antheilsscheine (Nr. 472—475) a Mk. 150 = Mk. 600 der Leipziger Productiv-Gesellschaft und 1 Antheilsschein (Nr. 797) a Mk. 30 der Berliner Productiv-Gesellschaft. — In Summa ein Vermögen von Mk. 2663.84.

* Für 40 Exemplare des „Corr.“ Nr. 105 Mk. 2.30. — Fachzeitung Nr. 13. — Porto, Schreibmaterialien zc. Mk. 41.66. — Buchdruckerlohn Mk. 1.75. — Remuneration für die Verwaltung Mk. 87.60 (laut § 22, Nr. 7, des Statuts gegen diese Ausgaben zur Hälfte aus der Gaukaffe und zur Hälfte aus dem Unterstützungsfond).

Unterstützungsfond für Krankheits- und Sterbefälle:

Einnahme pro 3. Quart. 1877
incl. Mk. pro 1. u. 2. Qu.
1877 Mk. 426.86
Bestand am Schlusse des
2. Quart. 1877 3120.56
Zinsen 9.30 Mk. 3556.72
Ausgabe pro 3. Quartal 186.76
Bestand am 1. October 1877: Mk. 3369.96

Hiervon sind Mk. 900 als Darlehen bei der Berliner Productiv-Gesellschaft, Nr. 30 bei der Sparkasse in Straßund und bei der hiesigen Nitter-schaftlichen Privatbank und dem Creditverein angelegt. — In Rest verblieben beim Abschluß in April 2 Mitgl. (je 4 Wochen), in Greißwald 1 Mitgl. (9 Wochen), in Grimmen 1 Mitgl. (7 Wochen), in Charlottenburg 6 Mitgl. (mit zusammen 37 Wochen), in Obergberg 1 Mitgl. (6 Wochen), je 1 Mitgl. in Göpenitz, Peitz und Schwedt a. D., sowie die Mitgliedschaft Guben. — Unsere im vorigen Quartalsbericht enthaltenen Monita haben sich einige der Mitgliedschaften zu Herzen genommen und ist diesmal von größeren Druckorten nur wieder Guben als Restant zu verzeichnen. Wir bitten diese Pünktlichkeit auch in Zukunft beizubehalten, damit wir endlich dahin kommen, zum Quartalschluß einen klaren Ueberblick zu haben, was um so nothwendiger, als der Gau durch das Zerstreutsein seiner Mitglieder in einer großen Anzahl von Orten schon an und für sich eine complicirte Geschäftsführung erfordert. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß im nächsten Quartal kein Ort als Restant zu verzeichnen ist, zumal mit Schluß des 4. Quartals unser Verwaltungsjahr schließt und wir sonst wieder gezeugen würden, dem Gau eine unvollständige Rechnung zu legen. Auch müssen wir wiederholt auf § 43. des Statuts aufmerksam machen, desgleichen auf § 15, Nr. 2, indem nicht überall genau danach gehandelt wird und der Gauvorstand deshalb oft Klagen erteilen muß. — Die wöchentliche Steuer beträgt wie bisher 79 resp. 86 Pf. — Protokoll-Auszüge haben uns diesmal Stettin, Straßund, Brandenburg, Charlottenburg, Frankfurt a. D., Landsberg a. W. und Cottbus eingesandt. Es fehlen also wieder mehr größere Mitgliedschaften. In einigen der fehlenden soll im ganzen Quartal keine Versammlung stattgefunden haben. Wir bitten die betr. Vertrauensmänner ges. auf § 13 des Statuts zu achten. — In Stettin fanden im 3. Quartal statt: 3 Monatsversammlungen, 1 außerordentliche Generalversammlung und 1 Vorstandssitzung. Der Besuch der Versammlungen war wieder nur höchst mittelmäßig. Die Tagesordnung der letzteren bestand hauptsächlich in Erledigung allgemeiner Verbands- und localer Angelegenheiten, Rechnungslegungen zc. Die Beratung des neuen Verbandsstatuten-Entwurfes, welche in mehreren Versammlungen die Mitglieder beschäftigte, wird im 4. Quartal fortgesetzt werden. Ueber die in Sachen der Beurlaubung gefaßten Beschlüsse ist schon früher im „Corr.“ von anderer Seite Bericht erstattet worden, ebenso über die Stellung des Ortsvereins zur Centralrantskassenfrage. Ferner beschäftigte man sich mit der Frage wegen Abhaltung regelmäßiger Vereinsabende und damit zu verbindender Vorträge, vorzugsweise technischen Charakters. Die Bibliothek wurde durch Neuanfassungen bereichert; auch wurde der Ankauf eines Spindes für dieselbe genehmigt. In Straßund fanden 3 Versammlungen statt, die außer Rechnungslegungen für den Bezirk nur locale Angelegenheiten behandelten, welche für weitere Kreise ohne Interesse sind. Mit den vom Gauvorstande in Betreff des Darlehens bei der Berliner Productiv-Gesellschaft gethanen Schritten erklärte man sich einverstanden. Für die Wittve des Collegen Colombier in Nürnberg wurden aus der Ortskasse Mk. 10 bewilligt. In Brandenburg fanden gleichfalls 3 Vereinsabende statt. Der Besuch derselben wird als ein guter bezeichnet, indem fast immer sämtliche Mitglieder anwesend sind. Die Tagesordnung bestand aus Localen und allgemeinen Verbands-Angelegenheiten. Als Kassens-Revisoren wurden die Herren Mittig und Kuhlmeijer gewählt. Ein Bericht des Gauvorstehers wegen der vom Gauvorstande in Betreff des Darlehens gefaßten Beschlüsse findet die Zustimmung der Mitglieder. Außerdem beschloß man, jedem zureisenden Verbandsmitglied, welches über 26 Wochen auf Reisen, eine Extra-Unterstützung von 75 Pf. zu zahlen und wird für diesen Zweck eine Wochensteuer von 10 Pf. erhoben. In Charlottenburg findet in jedem Monat eine Versammlung statt, die gewöhnlich von ungefähr zwei Dritteln der Mitglieder besucht wird. Doch ist sehr darüber zu klagen, daß sich zu den verschiedenen Vorstands-Memtern schwer Personen finden lassen, welche Lust und Liebe haben, im Interesse ihrer Collegen zu wirken. Ueber die verhandelten Gegenstände ist uns nichts mitgetheilt worden. In Frankfurt a. D. fanden zwei Sitzungen statt, die sich nur mit localen Angelegenheiten beschäftigten. In Land s-

berg a. B. wurden 3 Versammlungen abgehalten. Der Besuch derselben war gut. Die Tagesordnung bestand aus Rechnungslegungen, Beschlußfassung über die Erhebung einer Extrasteuer zum Stiftungsfest, Wahl eines Schriftführers und anderen localen Angelegenheiten. In Gottbus finden auch allmonatlich Versammlungen statt, die sich mit den laufenden Tagesfragen beschäftigen. — Im 3. Quartal sind 6 Mitglieder neu eingetreten, 2 wieder eingetreten, 18 zugereist, 19 abgereist, 1 ausgeschlossen (in Gößlin Hermann Pantzen, Seher aus Gößlin), 8 Mitglieder waren 9 Wochen und 1 Tag krank und 18 Mitglieder der 178 Wochen conditionslos. Mitgliederstand Ende des Quartals 166. — Zum Schluß ersuchen wir nochmals bringen um pünktliche monatliche Einzahlung der Beiträge und Beiträge, da sonst die gewährte Portofreiheit nicht stattfinden kann. — Die Vertrauensmänner zc. des 8. Bezirks werden hiermit ersucht, sämtliche Legitimationsbücher an den Vorstand zu senden, da nur dieser zur Zeit berechtigt

ist, den Abreisenden die notwendigen Quittungen über gezahlte Beiträge auszustellen. — Von den vom Vorstande verfaßten Formularen behufs Aufnahme der Statistik sind erst 46 von 112 Druckorten wieder eingegangen: wir ersuchen, die fehlenden baldigst per Brief dem erstern einzusenden. — Wir schließen für diesmal den Bericht in der Hoffnung, daß die von uns veröffentlichten Anordnungen überall genaueste Beachtung finden.

P. S. Seeben, kurz vor Absendung dieses Berichtes, erhalten wir von Guben die Abschlüsse per 3. Quartal, mit der gleichzeitigen Mitteilung, daß die noch residirenden Beiträge in den nächsten Tagen nachfolgen sollen.

Gestorben.

In Lübeck der Buchdruckereibesitzer Friedrich B o d, 24 Jahre alt — Tuberkulose.

In Wien am 14. November der Factor der Druckerei der „Wiener Zeitung“, Carl Bistori.

Briefkasten.

K. in M.-Gl.: Wenden Sie sich an Heint. Scherz, Otto's Buchdr., Wenzelsplatz 24, in Prag. Für den Beitrag besten Dank. — S. in M.: Wir waren vom 27. October bis 2. November nicht am Platze, sondern in Lübeck, Hamburg und Hannover. — ff: Erhalten, besten Dank. Das in Aussicht Gestellte wol kaum von großem Interesse. „Factor“ ist auch Colleague. Den Auswanderungslustigen legen wir ad acta.

Kettelaffe. Herrn W. H. in Scherwin: Unterm 3. October gaben Sie dem Seher Rich. Hartwig aus Stralsund (Schleswig-Holstein Nr. 320) weiße Legitimation mit auf die Reise, während derselbe nur grüne zu beanpruchen hatte, da er erst 23 Wochenbeiträge zur Verbandskasse geleistet, in welchem Falle nach § 4, M. 1, 50 Pf. pro Tag gezahlt werden.

Anzeigen.

Eine Buchdruckerei

mit einem jährl. Umsatz von ca. Mk. 200,000 und elegantem Grundstück, ist wegen Kränklichkeit des Besitzers zu verkaufen. Näheres durch [320] C. Koschanki in Königsberg (Distr.).

Eine Buchdruckerei mit dem Verlage einer wöchentlich 2 Mal erscheinenden Zeitung steht unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen. Anzahlung Mk. 1500. Uebernahme nach Uebereinkunft. Off. nimmt die Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler in Leipzig unter A. C. 191 entgegen. (H. 35598) [327]

Ein Buchdruckereigeschäft

mit Zeitungsverlag ist sofort bei einer Anzahlung von Mk. 3000 zu verkaufen. Offerten unter K. D. 329 befördert die Exp. d. Bl. [329]

Buchdruckerei, kleine Einrichtung mit Kopfschneidemaschine, ist billig zu verkaufen. Offerten beliebe man an W. Achat, Berlin, Waldemarstraße 46, zu richten. (B. 10183) [328]

Kleine Buchdruckerei-Einrichtungen, mehre, mit Handpressen, sind vorrätzig und werden unter bequemen Zahlungsbedingungen abgegeben. — Briefe unter Chiffre P. S. 317 bef. die Exp. d. Bl. [317]

Eine Buchdruckerei

mit Blattverlag, nachweislich rentabel, wird zu kaufen gesucht. — Gef. Offerten erbeten sub E. M. 311 an die Exp. d. Bl. [311]

Zur selbstständigen Leitung einer Buchdruckerei mit Blattverlag wird

ein tüchtiger Schriftseher

gesucht, der eine Caution von Mk. 6000 stellen kann. Offerten unter Chiffre F. F. 300 an die Exp. d. Bl.

Zu einer Zeitungs- und Accidenzdruckerei in der Provinz wird

ein tüchtiger Factor

gesucht, der sein Interesse an der Förderung des Geschäfts durch eine Einlage von Mk. 1500 bis 3000 betheiligen kann, welche hypothekarisch eingetragen werden können. Offerten unter P. A. 309 an die Exp. d. Bl.

Ein tüchtiger Schriftseher wird zu sofortigem Antritt gesucht von Mühlberg a. E. E. Kindhorst. [323]

Schweizerdegen-Gesuch.

Für meine Druckerei suche ich zum 1. December c. einen erfahrenen Schriftseher, welcher selbstständig auf einer kleinen Schnellpresse, welche von zwei Arbeiterinnen bedient wird, alle vorkommenden Accidenzarbeiten, Düten und Cigarrenbeutel sauber drucken kann. Eine dauernde Stellung wird garantirt in der [321] Dütenfabrik von L. Avel in Halberstadt. Gute Zeugnisse sind erforderlich.

Einen tüchtigen Stempelschneider

sucht die Schriftseherei (H. 35563 I) [314] Julius Klunkhardt in Leipzig.

Ein tüchtiger Maschinenmeister, der auch am Rasten ausbessern kann, wird sofort gesucht von F. Stegen in Alfeld (Hannover). [334]

Ein junger Accidenzseher, welcher das Drucken noch erlernen will, sucht baldigst passende Stellung, wo er etwas Tüchtiges lernen kann. Leipzig wird bevorzugt. Off. unter C. H. P. 50 postlagernd Hauptpostamt Leipzig erbeten. [332]

Ein erfahrener Seher [324] sucht jetzt oder nächstens, wennmöglich in einer Zeitung Condition. Gef. Off. sub A. P. 324 an die Exp. d. Bl.

Ein junger Schweizerdegen, im Accidenz-, Werk-, Zeitungs-, Tabellen- u. Notensatz tüchtig, mit der Bauer'schen und Frankenthaler Maschine vertraut, sucht dauernde Condition. Off. unter K. K. 325 an die Exp. d. Bl. erbeten. [325]

Ein Maschinenmeister, der im Accidenz-, Werk- und Zeitungsdruck erfahren, an der Gastrastmaschine bewandert, und nöthigenfalls auch am Rasten arbeitet, sucht Stellung. Gef. Off. sub A. B. 600 postl. Tilsit erbeten. [310]

Ein tüchtiger Maschinenmeister, mit jeder Art Maschine vertraut und in allen vor kommenden Arbeiten bewandert, sucht per 1. Januar dauernde Condition. Gef. Offerten unter A. 307 nimmt die Exp. d. Bl. entgegen. [307]

Stellen sind besetzt. Foegel, Kolenberg, Westpr. [331]

Erschaint in 180 Lieferungen
In 1. eine geb. Halbfarbkarte à 7 Mk
In 2. eine geb. Halbfarbkarte à 6 Mk 50 Pf.
6. Auflage
mit zahlreichen Karten
und Illustrationen
Universal-Conversations-Lexikon.
ist das vollständigste, beste und
billigste Werk dieser Art.

Wo steht Du?
Freund Rudolph Horn.
Hamburg, Grimm 10, III. (H. c. o. 4257) [326] Johann Zahn.

Herr Theodor Kunz, Schriftseher, wird höflich ersucht, seinen Aufenthalt anzugeben. [332] Berlin, 28. Nov. 1877. H. Witt, SW. Zimmerstraße 77.

Amerif. Vulcanöl, sparreiches, harz- u. säurefreies Maschinenöl, à Mk. 28; Spindelöl, à Mk. 33, Maschinenöl, à Mk. 38 pro 50 Kilo in Barrels, empfehle Berlin C. (H. 13909) Moreau Vallette. [315]

Verlag von Alexander Waidow in Leipzig.
Die Lehre vom Accidenzsaß, ein Leitfaden für Schriftseher, von Alexander Waidow. 15 Bog. gr. 4., elegant ausgestattet mit farbiger Linienfassung und mit vielen Sachbeispielen. Preis 4 Mk.

Musterblätter für Accidenzseher und Drucker. Erschienen 7 Hefte zu Mk. 1. 75 pro Heft. (Die Blätter sind den neueren Jahrgängen des Archiv für Buchdruckerkunst entnommen — wird fortgesetzt.)

Musterbücher mit Accidenzarbeiten aller Art. 70 Blätter aus älteren Jahrgängen des Archiv für Buchdruckerkunst. Preis geb. 20 Mk. [14]

Anleitung zum Rund- und Bogensatz nach einer neuen Methode von Louis Ferber. Preis Mk. 2. 50, direct unter Kreuzband recommandirt Mk. 2. 75.

Lieferung per Buchhandel. Bei vorheriger Franco-Einbindung des Betrages liefert die Verlagsbuchhandlung direct, bei Beträgen von 3 Mark an in Deutschland auch franco.

Gute Quelle.

Reudnitz, Täubchenweg Nr. 6.
Sonabend, den 1. December: [28 b] Bur Einweihung des Gesellschaftssaales Grosses Schlachtfest, von 7 Uhr an Tanzmusik, wozu ergebenst einladet Rob. Listing.

Verein „Alopfholz“ Leipzig.

Sonabend, den 8. December 1877:
Ordentliche Generalversammlung im Vereinslocale, Restaur. Richter, Kopsplatz 9. Wir machen die Mitglieder auf § 9, M. 5 b. St. aufmerksam, wonach unentschuldigtes Ausbleiben mit 20 Pf. gestraft wird. Der Vorstand. [330]

Verein Leipziger Buchdruckergehilfen.

Auf Antrag von 57 Mitgliedern der „Freiwilligen Kranken- und Begräbniskasse“ wird hiermit eine außerordentliche Generalversammlung auf Freitag, den 30. November d. J., Abends 8 Uhr, bei Weigel (Wölbling'sche Brauerei, Windmühlenstraße) anberaumt.
Tagesordnung:
1) Zeitweilige Herabsetzung der Krankenunterstützung, event. Erhöhung der wöchentlichen Beiträge;
2) Herabsetzung des Einschreibegeldes.
Leipzig, den 5. November 1877.
Der Vorstand der freiw. Kranken- u. Begräbniskasse. Max Jacob, Vorsitzender.